

Außenansicht

Die EU muss dem Irak helfen

Von Richard Youngs

nalen Irak-Konferenz im ägyptischen Scharm el-Scheich einigte, waren vage Zusagen der Unterstützung bei den Wahlen am 30. Januar 2005. Dabei ist die EU mit ihrem Expertenwissen in Sachen Wiederaufbau und ihrer reichen Erfahrung, was den Dialog mit lokalen Gruppen betrifft, heute die wichtigste Organisation für den Irak. Die Aussichten eines konstruktiven EU-Plans auf Erfolg sind noch nie so günstig gewesen. Die EU hat sich im Juni 2004 auf ein gemeinsames Strategiepapier geeinigt, das verspricht, man werde über eine künftige Kooperation nachdenken. Wenn sie ernsthaft zur Förderung der Demokratie im Irak beitragen will, muss sie nun konkrete Vorschläge für Hilfsaktionen machen.

Als erstes sollte die EU erkennen, dass sie den USA nicht länger ihre Vernachlässigung von Menschenrechtsfragen und

ihre Konzentration auf die Infrastruktur sowie die Ausbildung von Sicherheitskräften vorhalten kann, so lange sie selbst nichts zur Demokratisierung des Irak beiträgt. Mit Ausnahme von Deutschland haben es EU-Mitgliedstaaten außerhalb der US-geführten Koalition bislang abgelehnt, dem Irak Hilfe in nennenswertem Umfang anzubieten. Für viele politische Bewegungen im Irak, die nach nicht-amerikanischer finanzieller Unterstützung hungern, ist dies eine herbe Enttäuschung.

Als nächstes müsste die Einsicht folgen, dass gerade Europa den USA beim Wiederaufbau einiges voraus hätte. Den USA wird vorgeworfen, der irakischen Wirtschaft überzogen harte neo-konservative Marktösungen aufzuzwingen und sich auf prestigeträchtige Projekte zu konzentrieren, die für die täglichen Sorgen der Durchschnittsiraner ohne Belang sind. Die EU hat bisher recht erfolgreich effiziente Wirtschaftsstrukturen nach Beendigung bewaffneter Konflikte in anderen Zonen aufgebaut. Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft könnten auch im Irak nutzbringend angewendet werden. Gut entwickelte regionale Partnerschaften sind ein weiteres Plus, das die USA nicht bieten. So könnte die EU ihren handelspolitischen Draht zur syrischen Regierung in Damaskus nutzen, um auf den Präsidenten Baschar el-Assad einzuwirken: Er solle gegen die Rekrutierung von Dschihad-Kämpfern in seinem Land einschreiten, die in den Irak geschleust werden. Europas Strategie

zur Demokratisierung des Nahen Ostens sollte unbedingt auch den Irak umfassen und regionale Partnerschaften fördern.

Lokale Gruppen im Irak könnten vom Spezialwissen der EU auf subnationaler Ebene profitieren. Oberste Priorität hat der Schutz von Leib und Leben der Iraker. Bisher haben europäische Länder erst Hunderte Polizisten ausgebildet, obwohl Tausende gebraucht werden. Die Sicherheitskräfte sind meist ungenügend ausgerüstet. Die dafür bereitgestellten finanziellen Mittel müssten drastisch erhöht werden. Auch durch die Ausbildung irakischer Grenzwachter würde die EU einen lebenswichtigen Beitrag leisten, um dem Eindringen ausländischer Kämpfer in den Irak einen Riegel vorzuschieben. Die Europäer könnten auch mehr auf die demokratische Kontrolle irakischer Sicherheitskräfte achten – etwas, das den Amerikanern nicht sonderlich wichtig erscheint.

Die Entwaffnung lokaler Aufständischer wird umso wichtiger, je mehr Rebellengruppen versuchen sollten, sich in den Demokratisierungsprozess einzuschleichen. Deutschland und andere europäische Nationen haben bei der Durchführung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Reintegrationsprogramme für ehemalige Aufständische im Kosovo und in Bosnien wertvolle Erfahrungen gesammelt, die dem Irak zugute kommen könnten. Viele Iraker besitzen Waffen. Aktionen wie „Waffen gegen Bargeld“ wären deshalb dringend geboten.

Europäische Staaten, die nicht zur US-Koalition gehören, haben Vorschläge blockiert, EU-Mittel aus dem reich dotierten Meda-Fonds (Mittel zur Verbesserung der Kooperation mit südlichen Mittelmeer-Staaten) dem Irak zur Verfügung zu stellen. Zwar ist die massive Abzweigung von Hilfeleistungen für andere Empfänger nicht wünschenswert, doch gäbe es durchaus Spielraum für die Einbeziehung des Irak in das eine oder andere soziale oder kulturelle EuroMed-Programm, wobei der Kostenaufwand gering wäre, der Symbolwert aber hoch.

Auf politischer Ebene konzentrieren sich die Medien weltweit auf die große Bedeutung der Wahlen für den Irak. Doch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch den Aufbau lokaler Strukturen – seit langem eine Spezialität der Europäer – ist nicht minder wichtig. Eine besser koordinierte EU könnte sich hier auf das Vorgehen der Briten im Südirak stützen, die die Beteiligung der Iraker an lokalen Institutionen fördern. Dadurch



Richard Youngs ist Senior Research Fellow bei der Denkfabrik Fride (Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior) in Madrid.

Foto: privat

bekämen irakische Bürger das Gefühl, über Belange ihres täglichen Lebens mitentscheiden zu können. Eine amorphe nationale Koalition – vermutlich das Ergebnis der Wahlen im Januar – wird ihnen diesen Eindruck kaum vermitteln.

Europäische Kriegsgegner werfen den USA vor, zuzulassen, dass die Politik im Irak eine religiös-sektiererische Richtung einschlägt. Europa trägt jedoch nichts dazu bei, säkulare und ethnisch vielfältige Parteigründungen zu fördern. Die EU sollte die Entwicklung eines dichten Netzes von nationalen Institutionen vorantreiben, einschließlich Berufsverbänden, Handelskammern und Universitäten. Um den Einfluss der von den USA unterstützten Exil-Iraker zu schmälern, muss den neu entstandenen politischen Parteien geholfen werden, überzeugende Parteiprogramme und effektive Wahlstrategien zu entwickeln.

Die Herausforderung liegt darin, eine gemeinsame europäische Strategie für den Wiederaufbau des Irak zu formulieren, mit der sich Kriegsgegner wie -befürworter anfreunden können und die ihnen helfen würde, ihre Differenzen über die Rechtmäßigkeit der Invasion zu begraben. Als irakische Demokraten während der 90er-Jahre schon einmal in Europa um Unterstützung warben, zeigte man ihnen die kalte Schulter – strategisches Kalkül wog schwerer als die Förderung der Demokratie im Irak. Diese Hilfeleistung nun erneut zu unterlassen, wäre ein Fehler von historischer Tragweite.